

Unverhältnismäßige Belastung des Groß und Außenhandels

Diese Woche hat das Bundeswirtschaftsministerium den Entwurf für eine Novelle der Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) vorgestellt. Mit der Novelle soll der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erhöht werden. Finanziert werden soll dieser Ausbau durch eine Erhöhung der Umlage - und dies wird teuer für die Unternehmen des Groß- und Außenhandels sowie unternehmensnahe Dienstleistungen. Der BGA spricht sich daher zumindest für eine kostengerechte Verteilung aus.

Mit Kraft-Wärme-Kopplung erfolgt die gleichzeitige Umwandlung von eingesetzter in elektrische Energie und in Nutzwärme wie z.B. für Heizzwecke. Diese Technologie wird seit 2000 ähnlich wie die Erneuerbaren Energien im EEG umlagefinanziert gefördert und zuletzt durch das KWKG von 2012 geregelt. Mit der nunmehr vorgesehenen Novelle soll der Ausbau von KWKG weiter vorangetrieben werden, um so den Anteil der Nettostromerzeugung aus solchen Anlagen bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu steigern. Dafür soll der Förderdeckel von derzeit 750 Millionen EUR auf 1,5 Milliarden EUR erhöht werden. Anlagebetreiber von neuen, modernisierten oder nachgerüsteten KWKG-Anlagen mit mehr 50 Kilowatt steht gegenüber dem Netzbetreiber einen Anspruch auf einen Zuschlag zu. Finanziert wird dies durch eine Umlage, die von den Stromkunden bezahlt wird. Diese Umlage wird sich im Zuge der Novelle erhöhen. Dabei wird von einer Erhöhung von derzeit 0,221 Cent pro Kilowattstunde auf bis zu 0,53 Cent für nicht privilegierte Stromkunden, wie es in der Regel die Unternehmen des Groß- und Außenhandels sein dürften, gerechnet. Anders als bisher soll der selbst genutzte Strom nicht mehr grundsätzlich gefördert werden. Ausgenommen davon sind unter anderem KWKG-Anlagen, die über eine elektrische Leistung von bis zu 50 Kilowatt verfügen sowie solche, die bei stromkostenintensiven Unternehmen eingesetzt werden.

Mehr marktwirtschaftliche Ausprägung

Aus BGA-Sicht muss grundsätzlich hinterfragt werden, ob ein KWKG noch zu einem Strommarkt 2.0 passt. Zumindest aber sollte über eine stärkere marktwirtschaftliche Prägung

nachgedacht werden. Zwar sieht die Novelle vor, dass künftig Anlagenbetreiber ihren Strom direkt vertreiben müssen, dennoch dürfte dies nicht zu wesentlich mehr Wettbewerb führen. So sollte vielmehr geprüft werden, ob die Förderhöhe nicht besser im Rahmen einer Ausschreibung ermittelt werden kann.

Eine Frage der gerechten Kostenverteilung

Die Steigerungen der Kosten werden ein weiteres Mal, wie beim EEG neben dem privaten Endverbraucher vor allem von Handel, Gewerbe und Dienstleistern getragen. Dies zeigt einmal mehr, dass sich langfristig überlegt werden muss, wie die Energiewende und die CO Einsparung finanziert werden soll. Auch wenn nachvollziehbar ist, dass bestimmte Branchen privilegiert sein müssen, kann dies nicht dazu führen, dass die Unternehmen des Groß- und Außenhandels unverhältnismäßig belastet werden. Denn schließlich stehen auch diese Unternehmen tagtäglich im internationalen Wettbewerb und müssen sich ebenfalls durch das bessere Angebot im Markt behaupten. Die Frage der gerechten Kostenverteilung muss daher bei der Novelle abermals gestellt werden. Aus BGA-Sicht muss die vorgesehene Kostenverteilung deshalb überdacht werden, ohne eine Privilegierung komplett in Frage stellen zu wollen.

Finanzieren wir die Abschaffung unseres eigenen Marktes?

Die weitere Förderung von KWKG kann auch zu einer Ausweitung der Fernwärmenetze führen. Dadurch kann im Rahmen eines kommunalen Anschluss- und Benutzungszwangs

der Absatz effizienter Produkte, die im Wärmebereich über den Großhandel vertrieben werden, in den jeweiligen Kommunen nicht mehr möglich sein. Finanziert wird dies letztlich aber durch genau diese Großhändler. Auch dies zeigt wieder, dass solche Fördersysteme letztlich marktwirtschaftliche Folgen haben, die eigentlich nicht gewollt sein können. Dass damit möglicherweise effizientere Technologien vor Ort nicht zum Einsatz kommen, braucht nicht gesondert erwähnt zu werden.

Zwischen Brüssel und Berlin

Wie bei dem EEG muss auch die Novelle des KWKG bei der Kommission in Brüssel notifiziert werden. Mag man gespannt sein, wie Brüssel reagiert. Sicher ist, dass der BGA sich auch hier für eine marktwirtschaftliche Lösung und eine faire Kostenverteilung einsetzt.

[Michael Faber]

BGA AKTUELL


Sinkende Preise vermässeln dem Großhandel das 1. Halbjahr

„Sinkende Preise und mangelnde Investitionsbereitschaft hierzulande haben den Großhändlern im ersten Halbjahr zu schaffen gemacht. Der deutliche Zuwachs im Juni ist zwar ein kleiner Hoffnungsschimmer, aber auch im zweiten Halbjahr rechnen wir nicht mit einer Trendwende. Bei steigenden Risiken und Kosten müssen die Großhändler immer mehr Güter verkaufen, um zumindest ihren Umsatz nominal zu halten.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin anlässlich der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur Umsatzentwicklung im Großhandel im ersten Halbjahr 2015.

Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben die Unternehmen des Großhandels im ersten Halbjahr 2015 real zwar 0,9 Prozent mehr, nominal aber 0,6 Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahreszeitraum. Im Juni wurden real 5,8 Prozent und nominal 5,1 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen im Großhandel verkauft.

„Während der Großhandel mit Konsumgütern weiter rund läuft, deutet die schleppende Entwicklung im Produktionsverbindungshandel, der ein Frühindikator für Produktion und Export ist, darauf hin, dass auch die Konjunktur insgesamt derzeit eher auf der Stelle tritt. Die Politik ist dringend


gefordert, neben einer Fortsetzung des Konsolidierungskurses zusätzliche Anreize für mehr Investitionen zu schaffen“, so Börner abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 1. September 2015

GROSSHANDEL

Konjunkturbarometer Großhandel erschienen

Das Konjunkturbarometer für den Monat August liegt vor. Die Großhandelsumsätze sind im zweiten Quartal 2015 real um 0,1 Prozent und nominal um 0,9 Prozent zum Vorjahresquartal zurückgegangen. Der starke Juni konnte den Umsatzrückgang für das zweite Quartal im Großhandel nicht retten. Für das Gesamtjahr 2015 erwartet der BGA Großhandelsumsätze auf Niveau des Vorjahrs 2014. Nach dem verhaltenen Start in das Jahr 2015 hellte sich die Stimmung der Großhändler im Sommer auf. Dies ergibt sich aus der jüngsten Umfrage des BGA im Juli 2015 bei den Unternehmen des Großhandels und spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung wider.

 Das aktuelle Konjunkturbarometer kann in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Großhandelspreise im Juli 2015: - 0,5 % gegenüber Juli 2014

Die Verkaufspreise im Großhandel waren im Juli 2015 um 0,5 % niedriger als im Juli 2014. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte die Jahresveränderungsrate im Juni 2015 ebenfalls bei - 0,5 % gelegen, im Mai 2015 bei - 0,4 %. Gegenüber dem Vormonat verteuerten sich die auf Großhandelsebene verkauften Waren im Juli 2015 um 0,1 %.

KONJUNKTUR

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Juni gestiegen

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juni gegenüber dem Vormonat um 2,0 Prozent gestiegen. Das Volumen von Großaufträgen fiel überdurchschnittlich aus. Die Bestellungen von Investitionsgütern nahmen um 3,7 Prozent zu, während die Auftragseingänge für Vorleistungs- und Konsumgüter um 0,4 bzw. 0,6 Prozent zurückgingen. Die Aufträge aus dem Ausland expandierten um 4,8 Prozent,


insbesondere aus dem Nicht-Euroraum kamen kräftige Impulse (+6,3 Prozent). Die Inlandsbestellungen hingegen blieben merklich unter dem Niveau des Vormonats (-2,0 Prozent).

In der Tendenz sind die Auftragseingänge deutlich aufwärtsgerichtet. Im Durchschnitt des zweiten Quartals lag ihr Volumen 3,0 Prozent über dem Niveau des ersten Vierteljahres. Diese positive Entwicklung lässt sich in allen Hauptgruppen beobachten und wurde vor allem von der Bestellfähigkeit aus dem Ausland getragen. Die Industrie in Deutschland dürfte nach Einschätzung des BMWi in den kommenden Monaten ihren eingeschlagenen moderaten Wachstumspfad beibehalten. Der BGA teilt die Einschätzung des BMWi, dass die deutsche Wirtschaft weiter aufwärtsgerichtet bleibt, da die bestehenden Risiken bislang beherrschbar geblieben sind.

[Michael Alber]

Verbraucherpreise im August 2015: voraussichtlich + 0,2 % gegenüber August 2014

Die Inflationsrate in Deutschland - gemessen am Verbraucherpreisindex - wird im August 2015 voraussichtlich + 0,2 % betragen. Wie das Statistische Bundesamt nach bisher vorliegenden Ergebnissen weiter mitteilt, bleiben die Verbraucherpreise gegenüber Juli 2015 voraussichtlich unverändert.

 Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 28. August 2015

AUSSENWIRTSCHAFT

Importpreise im Juli 2015: - 1,7 % gegenüber Juli 2014

Die Einfuhrpreise waren im Juli 2015 um 1,7 % niedriger als im Juli 2014. Im Juni 2015 hatte die Jahresveränderungsrate - 1,4 % betragen, im Mai 2015 hatte sie bei - 0,8 % gelegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, fielen die Importpreise im Juli gegenüber Juni 2015 um 0,7 %.

 Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 27. August 2015

ARBEITSMARKT

Normalarbeitsverhältnisse nehmen an Bedeutung zu

Die Zahl der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis nahm 2014 um rund 452 000 Personen auf

24,5 Millionen zu. Wie das Statistische Bundesamt auf Basis von Ergebnissen des Mikrozensus mitteilt, erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr der Anteil der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen an allen Kernerwerbstätigen auf 68,3 % (2013: 67,5 %). Der Anteil der Männer in Normalarbeitsverhältnissen lag mit 75,2 % deutlich über dem Anteil der Frauen (60,5 %).


 Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 21. August 2015


DIENSTLEISTUNGEN

Jahresinformationsveranstaltung der ProCreditBank

Die Vorstellung des Engagements der ProCredit-Bankengruppe in der Region Ost- und Südosteuropas steht im Mittelpunkt einer Jahresinformationsveranstaltung für Unternehmen. Die Jahresinformationsveranstaltung richtet sich insbesondere an in Deutschland ansässige Unternehmen, die in den Ländern der ProCredit-Bankengruppe in Ost- und Südosteuropa geschäftlich aktiv sind. Diesem Teilnehmerkreis möchte sich die Bankengruppe erstmals in Deutschland als deutsche Mittelstandsbank in Ost- und Südosteuropa vorstellen. Im Rahmen der Veranstaltung besteht weiterhin die Möglichkeit zu Einzelgesprächen mit den Vorständen der ProCredit Banken in Ost- und Südosteuropa sowie in Deutschland.

Mit gut 100 Zweigstellen und 250 Service-Points deckt die ProCredit-Gruppe die wichtigsten Regionen in den Ländern ab, in denen sie vertreten ist und Firmenkunden mehr als schnellen und kostengünstigen Zahlungsverkehr anbietet. Sie verfügt über ein umfassendes Know-How sowie gut ausgebildete Mitarbeiter und handverlesene lokale Bankvorstände, die in der übergroßen Mehrheit an der Führungskräfte-Akademie der Bankengruppe in Deutschland ausgewählt und ausgebildet worden sind. Die ProCredit-Bank versteht sich vorwiegend als Hausbank für kleine und mittlere Unternehmen.

 Jahresinformationsveranstaltung der ProCreditBank findet am Montag, 14. September 2015, um 10.00 Uhr, Gesellschaftshaus Palmengarten, Palmengartenstraße 11, in 60325 Frankfurt am Main statt.


 Interessierte Unternehmer können auf der Veranstaltungsseite der ProCreditBank registrieren:
<http://www.veranstaltung.procreditbank.de/anmeldung>

[Michael Alber]

VERKEHR

1. Halbjahr 2015: 3 % weniger Güter im Bahnverkehr

Im Eisenbahngüterverkehr in Deutschland wurden im ersten Halbjahr 2015 insgesamt 178,3 Millionen Tonnen Güter befördert. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, waren das 3,0 % weniger als im ersten Halbjahr 2014. Das Ergebnis ist maßgeblich beeinflusst von den Bahnstreiks im April und im Mai. Während es in den Monaten Januar bis Mai 2015 jeweils Rückgänge gegeben hatte, lag die transportierte Menge im Juni 2015 um 12,4 % über dem Vorjahresmonat. Das war die höchste monatliche Zuwachsrate seit Mai 2011 (+ 15,7 %).

 Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 1. September 2015

PERSONALIE

Personelle Veränderungen bei EPEGA und im KAT

Caspar von der Crone, langjähriger Hauptgeschäftsführer von EPEGA, geht zum Ende des Jahres in den Ruhestand. Bereits mit Wirkung zum 1. September 2015 übernehmen **Christine Amling** und **Franziska Ginhör-Reuber** gleichberechtigt die Geschäftsführung der Vereinigung der Eier-, Wild- und Geflügelwirtschaft. Beide waren bereits vorher als Geschäftsführerinnen des Verbandes tätig.

Dadurch ergibt sich auch eine Veränderung an der Spitze des Vereins für kontrollierte alternative Haltungsformen (KAT): Neuer Vorstandsvorsitzender des Vereins ist **Friedrich-Otto Ripke**. Der ehemalige Staatssekretär im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium ist auch Vorsitzender der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft. Stellvertretender KAT-Vorsitzender bleibt **Roelof van Zetten**. Zudem wurde der Vorstand um ein Mitglied aus der Eiprodukteindustrie erweitert. Dieses Amt nimmt **Dr. Bernard Schneppe** ein. Dadurch soll der zunehmenden Bedeutung der Haltungsform bei Eiprodukten Rechnung getragen werden. Bis zur Berufung eines neuen Geschäftsführers wird **Sibylle Schaper** die Geschäfte des Vereins kommissarisch leiten. Sie wurde zur stellvertretenden Geschäftsführerin benannt.

[Sebastian Werren]

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

Konjunkturbarometer August 2015

E-Mail Adresse

Zitat der Woche

»Das Gesicht des Mittelstands wird weiblicher.«

Jörg Zeuner, KfW-Chefvolkswirt, über eine Studie der Bankengruppe, nach der jedes fünfte kleinere oder mittlere Unternehmen von einer Frau geführt wird.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 4. September 2015
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich